

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 09.12.2004

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 16.12.2004, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **04-F-24-0010**
Vereinbarungen mit religiösen Gemeinschaften
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.12.2004 –

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden bekennt sich zur Wiesbadener Linie der Toleranz und Integration. "Erfolgreiche Integration setzt bei aller Vielfalt der Kulturen, Religionen, Traditionen und Gewohnheiten ein für alle verbindliches gemeinsames Fundament an Werten, Normen und Spielregeln zwingend voraus. Dieses Fundament bildet unsere Verfassung, insbesondere die freiheitlich demokratische Grundordnung und der Rechtsstaat, das Leitbild der Menschenwürde und der Grundrechte, die Trennung von Kirche, Religion und Staat, die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, sowie Toleranz,

Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004

Gleichberechtigung, Eigenverantwortung und Nächstenliebe." (Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden vom Februar 2004, Abschnitt 4.1, Abs. 1)

2. Der Magistrat wird gebeten, Vereinbarungen mit allen in Wiesbaden ansässigen religiösen Gemeinschaften bzw. entsprechenden Vereinen und Institutionen abzuschließen, die eine Verpflichtung auf die oben genannten Ziele zum Inhalt hat, soweit dies nicht bereits durch Staatsverträge geschehen ist.

4. 04-F-02-0075

Beteiligungsbericht und Offenlegung

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 06.12.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. gemäß § 123a HGO ab 2005 der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen vorzulegen, in dem auch Angaben enthalten sind über die Gesamtvergütung von aktiven und ehemaligen Mitgliedern des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung,
2. in dem Bericht bei den ausgeschiedenen Mitgliedern zusätzlich Angaben darüber aufzunehmen, wie lange nach Beendigung der Tätigkeit in den genannten Gremien die Gesamtvergütung weiter gezahlt wurde bzw. seit wann diese gezahlt wird.

5. 04-F-01-0086

Verbesserung der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.12.2004 -

Mit ihrem Bericht "Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland", 26. November 2004, hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) auf erhebliche Verbesserungspotenziale bei der Betreuung von Kindern unter sechs Jahren, vor allem in den alten Bundesländern, hingewiesen. Die Erkenntnisse dieses Berichts müssen auch in Wiesbaden Anlass zur Überprüfung der Situation der Kinderbetreuung und Anregung zu Veränderungen sein. Diese Überprüfung darf auch nicht mit Verweis auf die in den letzten Jahren stark verschlechterte Finanzlage unterbleiben. Auch für unsere Stadt gilt die im OECD-Bericht referierte Erkenntnis der erfolgreichen PISA-Länder Schweiz und Kanada: Es geht nicht darum, wie viel Qualität wir uns bei der frühkindlichen Betreuung unserer Kinder leisten können, sondern darum, dass wir uns eine nicht optimale Betreuung der Kinder auf keinen Fall leisten können - gerade nach dem schlechten Abschneiden Deutschlands in den verschiedenen PISA-Studien.

Ergänzend zu den bisherigen Beschlüssen, die u.a. die Entwicklung einheitlicher Grundsätze für die pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten zur optimalen Vorbereitung der Kinder auf den Schulbesuch durch gezielte Förderung der Sprachkompetenz und der Motorik in kindgemäßen, spielerischen Formen vorsehen, ist entsprechend der Empfehlungen der Studie besonderes Augenmerk auf die Qualifikation und Fortbildung der Erzieher/innen zu richten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004

Der Magistrat wird deshalb gebeten zu berichten,

- welches Qualifikationsprofil die Fachkräfte in den Kindertagesstätten erfüllen
- in welchem Umfang Fortbildungsmaßnahmen angeboten und wahrgenommen werden
- welche Möglichkeiten bestehen, die Qualifikation der Fachkräfte angesichts der steigenden Anforderungen zu verbessern
- welche Anforderungsprofile für Fachkräfte aufgrund der gesteigerten Erwartungen an die Institution der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung zukünftig idealerweise gestellt werden müssen
- wie Kooperationsformen zwischen Praxis, Ausbildung und Forschung auf- und ausgebaut werden.

Der Magistrat möge darüber hinaus berichten,

- welche Folgerungen er aus den Feststellungen des OECD-Berichts zieht, dass die öffentliche Finanzierung der Kinderbetreuung in Deutschland weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt, und dass in fast allen Ländern der OECD in öffentlichen Einrichtungen kein Elternbeitrag für die Betreuung von Kindern erhoben wird?
- welche Anstrengungen er unternimmt, um eine langfristige, systematische und qualitätsorientierte Kinderbetreuung in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Trägern der freien Einrichtungen sicherzustellen?
- wie gemeinsam mit den freien Trägern mehr männliches Personal für die Kindertagesstätten gewonnen werden kann, damit das Qualitätsziel des Expertennetzwerkes Kinderbetreuung der EU in Höhe von 20% des Personalbestandes in Kindertagesstätteneinrichtungen erreicht werden kann.
- ob das im OECD-Bericht als vorbildlich erwähnte Projekt der Stadt Monheim am Rhein ("Monheim für Kinder") Anregungen für weitere Aktivitäten in Wiesbaden bietet?

6. 04-F-05-0021

Einsatz von umweltfreundlichen Erdgasbussen

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 30.11.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge über die Mitglieder der Landeshauptstadt Wiesbaden im Aufsichtsrats von der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH prüfen lassen, ob bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen, Erdgas-betriebene Stadtbusse eingesetzt werden können.

Hierbei sollen auch die Erkenntnisse und Erfahrungen aus anderen deutschen Städten, wie zum Beispiel Saarbrücken, Augsburg und Frankfurt an der Oder, heran gezogen werden.

7. 04-F-03-0108

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004

Verkehrspolitik gesundheitsverträglich gestalten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.12.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest,

- Stickoxide sind Reizgase und können Atemwegserkrankungen wie allergische Reaktionen auslösen. Feinstäube sind lungengängig, verkürzen bei Langzeitexposition die Lebenserwartung und können Krebs verursachen. Nach umweltmedizinischen Studien können Kfz-Abgasen 1 bis 2% der Todesfälle pro Jahr zugeordnet werden.
- Die Gesundheitsbelastungen durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe müssen über die per EU-Recht geforderte und einklagbare Verpflichtung zur Grenzwerteinhaltung hinaus im Sinne einer vorsorge- und zukunftsorientierten Verkehrspolitik minimiert werden. Der regionale Luftreinhalteplan Rhein-Main bietet dafür die Grundlage.
- Die in Wiesbaden seit Jahren festgestellten Grenzwertüberschreitungen bei Stickoxiden sowie die im Zuge der Grenzwertabsenkungen zu erwartenden Überschreitungen der zulässigen Konzentrationen bei Feinstäuben sind aus gesundheits-, umwelt- wie verkehrspolitischer Sicht nicht hinnehmbar.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

1. aufbauend auf den Ergebnissen des Luftreinhalteplans Rhein-Main - zeitnah ein Bündel an Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, -lenkung, -steuerung sowie fahrzeugtechnische Verbesserungen **umzusetzen**, um die gesundheitlich besonders problematischen Stickoxide und Feinstaubkonzentrationen auf ein gesundheitsverträgliches Niveau unterhalb der Grenzwerte zu reduzieren
2. Zu den 10 Maßnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden aus dem Regionalen Luftreinhalteplan bis Mitte 2005 ein konkretes **Umsetzungskonzept** vorzulegen
3. Das Maßnahmenbündel um die kurzfristige, bereits als Prüfauftrag beschlossene Ergänzung von Dieselnissen um Erdgaskomponenten (Planungs-, Bau- und Verkehrsausschuss vom 9.11.04) sowie die ebenfalls beschlossenen Prüfungen der Einführung eines Mietertickets, Mieter-Car-Sharings, "Nero-Card" sowie die planerischen Vorbereitungen für eine Schienenanbindung der Innenstadt zu ergänzen.
4. Die Prioritätensetzung der Maßnahmen wie folgt zu gestalten:
 - 1 Ergänzung der in Wiesbaden eingesetzten Dieselnisse um Erdgaskomponenten
 - 2 Nachfahrverbot für Lkw, Verlagerung des Lkw-Verkehrs aus der Innenstadt
 - 3 Neubeschaffung städtischer Fahrzeuge nur mit Rußpartikelfilter oder alternativ mit Erdgas-Ottomotor
 - 4 Im ÖPNV: Einführung der Pflicht von Rußpartikelfiltern ab 1.1.2005 bei Ausschreibungen
 - 5 Optimierung des Verkehrsflusses durch Ampelschaltungen und Pfortnerampel
 - 6 Ausbau eines durchgehenden Radwegenetzes
 - 7 Prüfung eines Behörden-Car-Sharing
 - 8 Einführung eines Mietertickets
 - 9 Prüfung der Einführung von Mieter-Car-Sharing bei öffentlich geförderten Wohnungen
 - 10 Aktive Förderung von Fahrgemeinschaften in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Main-Pendlernetz sowie durch Öffentlichkeitsarbeit und Verlinkung/Ergänzung auf der städtischen Homepage
 - 11 Optimierung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere durch die planerische Vorbereitung einer Schienenanbindung der Innenstadt
 - 12 Prüfung der Einführung einer Chipkarte für ÖPNV- und Car-Sharing-Nutzung gekoppelt mit dem ortsansässigen Einzelhandel (Nero-Card)

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004

- 13 Schaffung neuer/Erweiterung bestehender quellnaher Park & Ride-Anlagen
- 14 Prüfung der Machbarkeit eines Güterverteilzentrums
- 5. Die städtischen Maßnahmen sind mit den Gemeinden in der Region Rhein-Main abzustimmen und sollten auf regionaler Ebene durch eine Koordinationsstelle (z.B. bei der Gesellschaft für integriertes Verkehrsmanagement) begleitet bzw. umgesetzt werden.

8. 04-F-04-0010

Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.12.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Anzahl der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung wird ab der nächsten Wahlperiode von 81 auf 71 reduziert.

Die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden ist entsprechend zu ergänzen und die Änderungssatzung vor dem 31.12.2004 zu veröffentlichen.

ANLAGE

9. 04-F-06-0018

Sachstandsbericht Stationsentwicklungsplan Bahnhof Mainz-Kastel
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.12.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird um einen Sachstandsbericht hinsichtlich der Umsetzung des sog. „Stationsentwicklungsplanes Bahnhof Mainz-Kastel“ mit Angabe möglichst konkreter Termine für die Realisierung der vorgesehenen Teilprojekte gebeten.
Für die vorgesehenen Teilprojekte (insbesondere für die schon vor Jahren mit besonderer Priorität geplante Direktverbindung vom Kulturzentrum Redit/Rheinufer zum Gleiskörper und die Direktverbindung zwischen Bahnhof und Busknotenpunkt Brückenkopf Kastel) sind ggfs. die Hinderungsgründe für die noch nicht erfolgte Realisierung und die Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hinderungsgründe zu benennen.

10. 04-A-02-0023

Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter für die Wahlperiode 2005 - 2009

Zu Punkt 11. tagt der Revisionsausschuss vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

11. 04-F-01-0077

Qualitätszielerreichung WiBus

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.11.2004 -

ANLAGE

12. 04-F-05-0019

Straßenbenennung

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 09.11.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Ausschuss Bau, Planung und Verkehr wird gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit gesehen wird, zur Würdigung des Wirkens des Wiesbadener Bürgers Dr. Emil Pfeiffer, mit dem jeweiligen zuständigen Ortsbeirat auf der Grundlage der Bestimmungen über wichtige Angelegenheiten des Ortsbeirats eine Straße in Wiesbaden nach ihm zu benennen.

13. 04-F-01-0078

Multiplex-Kino

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.11.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten,

- Seit wann bzw. wie oft mit dem örtlichen Bewerber um die Errichtung eines Multiplex-Kinos bereits eine Fristverlängerung für die Umsetzung der Baumaßnahme vereinbart wurde.
- Ob es seit Beginn dieser Verhandlungen Interesse anderer (externer) Kinobetreiber gab, in Wiesbaden ein solches Multiplex-Kino zu errichten.
- Ob ggf. ein solches Vorhaben wegen der immer wieder erneuerten Zusage an den örtlichen Betreiber nicht unterstützt und gefördert wurde.

14. 04-F-04-0007

Erhalt der sozialen Standards in städtischen Beschäftigungsverhältnissen

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 10.11.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß in stadteigenen Betrieben, Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist oder Eigentümerin ist und bei Auftragnehmern der Stadt Beschäftigungsverhältnisse nicht entscheidend zum Nachteil

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004

von Arbeitnehmern verändert werden, und der Hinweis auf die derzeitige wirtschaftlich schwierige Lage.

15. 04-F-02-0063

Einstieg in ein regionales Schienenverkehrssystem
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0206 vom 09.11.2004 -

ANLAGE

16. 04-F-01-0079

Umsetzung des Doppelhaushalts 2004/2005
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.11.2004 -

I. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest::

1. Die Verfügung des Stadtkämmerers vom 02.11.2004, wonach das Verfahren der vorläufigen Haushaltsführung beibehalten werden soll, obwohl ein genehmigter Haushalt vorliegt, unterläuft den Haushaltsbeschluss der StVV und verletzt damit elementare Rechte der gewählten Vertretung der Bürger.
2. Der Doppelhaushalt 2004/2005 wurde auf der Grundlage von Vorschlägen des Magistrats und unter Beachtung des Prinzips größter Sparsamkeit aufgestellt. Er enthält neben den kommunalen Pflichtaufgaben nur solche Ausgaben, die für die Entwicklung der Stadt und das Wohl ihrer Bürger unverzichtbar sind. Für willkürliche Eingriffe des Kämmerers in die beschlossene Haushaltsstruktur gibt es deshalb keinen Spielraum.

II. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,

1. umgehend für eine Rücknahme der Kämmerereivorgabe zum Verfahren des Haushaltsvollzugs zu sorgen und zu einer geordneten Haushaltsführung zurück zu kehren. Die Stadtverordneten sind hiervon zeitnah zu unterrichten;
2. bei der Umsetzung des beschlossenen Haushalts die darin enthaltenen Maßnahmen zur Konsolidierung konsequent umzusetzen;
3. der Stadtverordnetenversammlung umgehend zu berichten, falls die aktuelle Haushaltsentwicklung Grund zu der Annahme geben sollte, dass die von der StVV vorgegebenen Finanzziele nicht erreicht werden.

17. 04-F-03-0099

Mietzinsbegrenzung bei der Gemeinnützigen Wiesbadener Wohnbaugesellschaft (GWW)
Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.11.2004
-

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Wohnungen der Gemeinnützigen Wiesbadener Wohnbaugesellschaft (GWW) wird eine Mietzinsbegrenzung erlassen, welche jenen Vorgaben entspricht, die von der

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004

Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Beschluss Nr. 870 vom 17.12.1996 für die Wohnungen der GeWeGe festgelegt wurden. Diese beinhaltet, dass bei bestehenden Mietverhältnissen und Neuvermietungen generell keinerlei Mietzinsanpassungen erfolgen, die den für die jeweilige Wohnung gültigen Mittelwert des aktuellen Mietspiegels übersteigen.

2. Soweit von der GWW in jüngster Zeit Mieterhöhungen, welche die Grenze des Mittelwerts des aktuellen Mietzinses übersteigen, angekündigt oder vorgenommen wurden, werden diese zurückgenommen und entsprechend berichtigt.
3. Der Magistrat und die Mitglieder im Aufsichtsrat der GWW werden um entsprechende Umsetzung gebeten.

18. 04-F-04-0009

Sicherung des Fortbestandes des Tierparks Mainz-Kastel
- Dringlichkeitsantrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 18.11.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt, den Fortbestand des Tierparks Mainz-Kastel zu sichern. Dies entspräche auch der Intension der Antwort des Magistrats auf Frage 38 in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.07.2004.

19. 04-F-04-0011

Anti-Graffiti-Mobil
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.12.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für den Betrieb eines sog. Anti - Graffiti - Mobils zu erstellen.

Die Zusammenarbeit mit dem Haus- und Grundbesitzerverein ist zu suchen. Die Erfahrungen anderer Städte in der Graffitibekämpfung sind einzubeziehen.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **04-V-01-0025** **DL 35/04-3**
Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 41. Sitzung am 11.10.2004
2. **04-V-10-0037** **DL 34/04-2**
Freigabe von Haushaltsmitteln für Zuschüsse an Partnerschaftsvereine
3. **04-V-10-0038** **DL 34/04-3**
Freigabe des jährlichen Zuschusses an das Bildungszentrum Beit Berl/Israel
4. **04-V-10-0039** **DL 34/04-4**
Freigabe von Haushaltsmitteln für jährliche Zuschüsse
5. **04-V-10-0041**
Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage der Landeshauptstadt Wiesbaden - Änderung der Verleihungsrichtlinien
ANLAGE
6. **04-V-20-0039** **DL 34/04-5**
Investitionscontrolling 3. Quartal 2004
7. **04-V-20-0200** **DL 34/04-6**
Doppelhaushalt 2004/2005 - Genehmigung der Aufsichtsbehörde
ANLAGE
8. **04-V-37-0004** **DL 35/04-5**
94. Vergleichende Prüfung "Leitfunkstellen" des Hessischen Landesrechnungshofes
ANLAGE
9. **04-V-40-0021** **DL 35/04-6**

Seite 10 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004

Verfahrensänderung im Sachgebiet Schülerbeförderung ab dem Schuljahr 2003/2004;
Bericht über die finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

10. **04-V-41-0010** **DL 35/04-7**
Ablösung von Kirchenbaulasten/ Sanierung Kirchturm Bierstadt
11. **04-V-41-0023** **DL 34/04-7**
Anschaffung von Notebooks für die Fahrbibliothek
12. **04-V-41-0025** **DL 34/04-8**
Kunstsommer 2004 - Ankauf der Installation von Vollrad Kutscher
13. **04-V-51-0037** **DL 34/04-9**
Bereitstellung von Haushaltsmitteln zum Budget SNB 1 2004 und 2005 des Dezernates VI zur Finanzierung von Maßnahmen nach der Trinkwasserverordnung
14. **04-V-51-0043** **DL 35/04-8**
Einrichtung neuer Haushaltsunterabschnitte zur Verbuchung der kommunalen Leistungen und der Bundesleistungen im Rahmen von Hartz IV ab 2005
15. **04-V-69-0014** **DL 39/04-3**
Wohnungsbauprogramm 2003

ANLAGE

Tagesordnung III

1. **04-A-15-0009**
Entlassung von 53 Platanen aus dem Naturdenkmalschutz (ND 62a) nach § 14 HENatG und Parkhaus unter dem Bowling Green - Vergabeentscheidung - Eingabe -
- ANLAGE**
2. **04-V-03-0002** **DL 39/04-1, 38/04-1**
Zentraler Verwaltungs- und Justizstandort Mainzer Straße

ANLAGE

3. 04-V-36-0033

DL 37/04-1, 36/04-3

Leistungsvereinbarung zwischen dem Umweltamt und der Klimaschutz-Agentur Wiesbaden e.V.

4. 04-F-01-0063

Projektbüro Stadtmuseum
- Beschluss des Ausschusses für Schule und Kultur Nr. 0085 vom 04.11.2004 -

ANLAGE

5. 04-F-02-0073

Stadtmuseum bürgerschaftlich organisieren
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2004 -

ANLAGE

6. 04-V-41-0020

DL 36/04-4

Aufhebung von Sperrvermerken und Stellenbesetzung im Bereich des Stadtmuseums

7. 04-V-61-0037

DL 36/04-8

Rahmenplanung Westliche Innenstadt, 1. Fortschreibung

8. 04-V-61-0049

DL 34/04-11

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Südlich der Waldhofstraße" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim

9. 04-V-61-0050

DL 34/04-12

Bebauungsplanentwurf "Steinern Straße - 5. Änderung - Bereich: Südlich der Waldhofstraße" im Ortsbezirk Kostheim

10. **04-V-61-0055** **DL 34/04-13**
Flächennutzungsplan "Ehemalige Stadtgärtnerei" im Ortsbezirk Bierstadt Änderungsbeschluss
ANLAGE
11. **04-V-61-0056** **DL 34/04-14**
Bebauungsplanentwurf "Aukammtal Bereich ehemalige Stadtgärtnerei" im Ortsbezirk Bierstadt;
Teilungs- und Aufstellungsbeschluss
ANLAGE
12. **04-V-61-0058** **DL 35/04-9**
Bebauungsplanentwurf "Nördlich der Ludwig-Wolker-Straße - Bereich Schmalweg" im
Ortsbezirk Kastel - Behandlung der Anregungen der 1. öffentlichen Auslegung und Beschluss
zur 2. öffentlichen Auslegung
13. **04-V-67-0031** **DL 35/04-10**
Organisatorische Änderungen im Bereich des Amtes für Grünflächen, Landwirtschaft und
Forsten; Legatgrabpflege
ANLAGE
14. **04-V-80-8035** **DL 38/04-3**
Wochenmarkt - Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren auf den
Märkten der Landeshauptstadt Wiesbaden

**Zu Punkt 15. tagt der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vor der Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung.**

15. **04-V-20-0047** **DL 39/04-2**
Beantragung einer Ausnahmegenehmigung nach § 133 HGO

Tagesordnung IV

1. **04-V-20-0036** **DL 34/04-1 NÖ**

Sachstandsbericht über die Umsetzung und Wirkung des Sanierungskonzeptes der Feierabendheim Simeonhaus GmbH zum 31.07.2004

2. **04-V-20-0043** **DL 34/04-2 NÖ**
Bürgschaft Nr.518 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft über 1.600.000,00 EUR zugunsten der Horst-Schmidt-Kliniken GmbH
3. **04-V-20-0044** **DL 37/04-1 NÖ**
Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht
4. **04-V-20-0045** **DL 37/04-2 NÖ**
Kredit Nr. 1678 - Aufnahme eines Darlehens mit verkürzter Ansparzeit
5. **04-V-36-0032** **DL 35/04-1 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 28.10.2004
6. **04-V-80-2350** **DL 38/04-1 NÖ**
Verkauf des städtischen Grundstücks Blücherstraße 17

Zu Punkt 7. tagt der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vor der Stadtverordnetenversammlung.

7. **04-V-80-2357** **DL 39/04-1 NÖ**
Verkauf des städtischen Grundstücks Strohschnitterweg 1, 1a, 1b in Wiesbaden-Biebrich

Zu Punkt 8. tagt der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vor der Stadtverordnetenversammlung, sofern die notwendigen Unterlagen bis dahin vorliegen.

8. **04-V-80-2363**
Grundstücksverkauf Kastel

HINWEISE:

1. **Die Sitzungsvorlagen zur Reduzierung der öffentlichen Straßenbeleuchtungskosten (04-V-66-0300 und 04-V-66-0301), die aus Zeitgründen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.11.2004 nicht zum Aufruf kamen und zur Behandlung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004 vorgesehen waren, sind von Seiten des Magistrates zurückgezogen worden.**

2. **Das adventliche Zusammensein ist im Anschluss an die Sitzung für 20.00 Uhr geplant.**

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin